

Prof. Dr. Michael Göring

goering@michael-goering.com

0172 800 8078

Michael Göring

Vortrag in Würzburg am 19. 9. 2023

Stadt und Stiftung – Eine Verbindung fürs Leben

Meine Damen und Herren,

vielen Dank für die Einladung, heute am Tag der Stiftungen in Würzburg zu sprechen. Ich gestehe gleich, ich komme immer gern nach Würzburg und fühle zu dieser Stadt eine besondere Verbindung, die einiges mit Stiftung zu tun hat. Denn meine erste Teilnahme an einer Jahrestagung des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen war der Deutsche Stiftungstag 1998 hier in Würzburg. Roman Herzog, der damalige Bundespräsident, hielt die Festrede, Reinhard Mohn, der Gründer der Bertelsmann Stiftung wurde mit dem Deutschen Stifterpreis ausgezeichnet, das alles fand in der prächtigen Residenz statt, die herrlichen Arbeiten von Tiepolo und Balthasar Neumann begleiteten die zwei Tage, und zum Abschlussgottesdienst versammelten wir uns in der Universitätskirche, wo ich die Klänge der großartigen Klais-Orgel hörte.

2003 hat dann die von mir seit 1997 geleitete ZEIT-Stiftung die Stadtbücherei Würzburg als „Bibliothek des Jahres 2003“

ausgezeichnet, was wir hier sehr schön feierten, dann gab es eine Reihe weiterer Begegnungen, Spaziergänge in den Weinbergen, der berühmte und von Goethe geadelte Würzburger Stein, Sylvaner oder Riesling, die wachsende Freundschaft zu Annette Noffz und Walter Herberth, und 2016 die große Feier zum 700 jährigen Bestehen der Stiftung Bürgerspital zum Heiligen Geist, bei der ich für den Bundesverband gesprochen habe, Frau Stamm für den Landtag und Horst Seehofer als Ministerpräsident.

Genug der Vorrede.

Sie haben ein spannendes Thema gewählt, spannend im wahrsten Sinne des Wortes, weil Stadt und Stiftung sich zwar in erster Linie einer wunderbaren Symbiose erfreuen, aber immer wieder auch einmal unter Spannungen leiden. Dabei gehen sie doch eine Verbindung fürs Leben ein, oder sagen wir: eine Verbindung für ein besseres Leben. Warum dann Spannungen?

Bevor wir uns diesen zuwenden, zunächst anhand von vier Punkten ein Blick auf das grundsätzlich enge Band von Stadt und Stiftung.

Punkt 1: Lokalpatriotismus, oder die hilfreiche Liebe zur heimatlichen Stadt

Herr und Frau van Steren haben sich 1316 als Würzburger selbstverständlich dafür entschieden, ihr Hospital in ihrer Heimatstadt zu errichten und nicht etwa in Schweinfurt oder in Kitzingen. Und als die Textilkrise Anfang des 16. Jahrhunderts Augsburg erreichte, haben die Fugger ihre Fuggerei für unschuldig in Not geratene Bürger natürlich in Augsburg errichtet und nicht etwa in München. Nein, die Heimatbindung eines Stifters oder einer Stifterin oder einer ganzen Stifterfamilie zeigt sich immer wieder als prägend. Bei kleinen und mittelgroßen Stiftungen sehen wir das meist sehr

deutlich, aber auch die großen, international tätigen Stiftungen haben häufig zunächst ihre heimatliche Region im Blick.

Das gilt für die Vergangenheit wie für die Jetztzeit. Kein Wunder also, dass die Krupp Stiftung in Essen das dortige Folkwang Museum, die Folkwang Hochschule, die Essener Philharmonie fördert, und die Villa Hugel wie das Alfried Krupp Krankenhaus finanziell sogar unterhält, und das trotz des Engagements weltweit.

Auch wir in der von Gerd Bucerius gegründeten ZEIT-Stiftung legen den Schwerpunkt unserer Arbeit auf Hamburg. Dort hat die ZS die Bucerius Law School errichtet, dort steht das Bucerius Kunst Forum, dort hat unser Förderprogramm Weichenstellung über 3000 Kinder aus sozial schwachen Familien unterstützt, bevor es nun auch Standorte gerade für dieses Programm in anderen Bundesländern gibt und die Stiftung darüber hinaus international höchst aktiv ist.

Die enge Beziehung einer Stiftung zur Stadt, in der der Stiftungsgründer / die Gründerin gewirkt hat, ist schnell erklärt: Die Stifterpersönlichkeit möchte in aller Regel gern dort wirken, wo sie selbst wirtschaftlich erfolgreich war. Nicht *nur* dort, aber dort ganz besonders. Das Argument, der Gemeinschaft etwas zurückgeben zu wollen, wird von Stiftern oft als wichtige Motivation für die Stiftungsgründung genannt, und davon profitiert nun mal als erstes der Wohn- und Firmensitz des jeweiligen Stifters, denn das ist die Gemeinschaft, die der Stifterpersönlichkeit am nächsten ist.

Wenn ich also höre: „Ich habe meiner Stadt viel zu verdanken, deshalb will ich in ihr jetzt Gutes tun“, habe ich immer wieder mitbekommen, dass die Stifterpersönlichkeit mit „der Stadt“ meist nicht die Administration der Stadt meinte, sondern die Menschen dieser Stadt, deren Fleiß und Arbeitsleistung so wichtig waren für den Aufbau und Erfolg des Unternehmens des Stifters, also für seinen/ihren Wohlstand, der erst die Gründung der Stiftung ermöglichte. Die Stiftung ist somit immer auch Dank an und Anerkennung für die Menschen der Stadt.

Zudem gibt es meist eine lokale Kompetenz der Stifterpersönlichkeit, sie weiß, was der Stadt fehlt, wo Defizite behoben werden müssen, welche Anregungen für die Stadtentwicklung nötig sind. Und da setzt die Stiftung an, da wirkt sie, da legt sie auch schon mal den Finger in die Wunde. Ich frage mich, ob die Verantwortlichen in der Stadtregierung diesen gesunden Lokalpatriotismus, der sich so oft in Form von Stiftungen äußert, überhaupt richtig einschätzen, geschweige denn wirklich wertschätzen. Ich denke, da ist noch immer Potential. Und wenn man sich vor dem Begriff Patriotismus scheut, dann nennen wir es doch Bürgersinn.

Nebenbemerkung: in vielen Städten werden mittelständische und große Unternehmen verkauft. Das verändert dort die Bereitschaft von früher alteingesessenen Wirtschaftsunternehmen zu mäzenatischem Handeln in der Stadt. Umso wichtiger, wenn Stiftungen sich zu ihrem lokalen Bürgersinn bekennen.

Evtl.: Jackstädt Stiftung in Wuppertal, Unternehmen 2002 verkauft, der gesamte Erlös ging in die Stiftung, die neben BWL, Medizin (beides nicht regional beschränkt) Kultur und Wohlfahrtspflege nur in Wuppertal sehr großzügig fördert.

Punkt 2: Die Symbiose

Ich sprach weiter oben von einer geradezu natürlichen Symbiose von Stiftung und Stadt. Denn beide, die politische Leitung einer Stadt und die Stiftung sind dem Gemeinwohl verpflichtet. Je enger und wohlwollender sich Stadt und die Stiftungen dieser Stadt verknüpfen, sie einander hören, respektieren, desto besser lässt sich das Ziel der Steigerung des Gemeinwohls erreichen.

Bei den Bürgerstiftungen ist die Bindung an die Stadt sogar konstitutiv: Die Bürgerstiftung fördert ausschließlich in der Stadt oder Region ihrer Gründung. Das kennen Sie alle seit langem von der Bürgerstiftung Würzburg und Umgebung. In meiner Zeit im Vorstand des Bundesverbandes hatte ich das Glück, das rasante Wachstum der Bürgerstiftungen in Deutschland zu erleben. Heute gibt es in unserem Land 450 Bürgerstiftungen, in denen sich rund 57.000 Menschen mit Zeit, mit Geld, mit Ideen, mit ehrenamtlicher Leistung engagieren. Laut einer Erhebung des Bundesverbandes betrug das Stiftungskapital aller Bürgerstiftungen in Deutschland im Jahr 2020 rund 503 Mio Euro, das ist eine stolze Summe, 19 Mio wurden ausgegeben. Ich bin sehr gespannt auf die Erfahrungen der hiesigen Bürgerstiftung mit der allgemeinen Akzeptanz in der Stadt, aber auch Akzeptanz auf der politischen Ebene, ob Anerkennung und Wertschätzung deutlich werden oder eher geringes Interesse gezeigt wird. Professor Pfeifer, der vor 25 Jahren in Hamburg und Hannover die ersten Bürgerstiftungen auf den Weg gebracht hat, erzählte mir vor kurzem, dass die Bürgerstiftung Hannover jetzt sogar als Mediator bei Abwägungen und Streitigkeiten in Hannover herangezogen wird. Das spricht für einen nächsten Schritt, zumindest für eine sehr hohe Wertschätzung.

Punkt 3 Bürgerbeteiligung

Die Demokratie hat zur Grundlage, dass sich die Bürger und Bürgerinnen mit den Werten Würde des Individuums, Gewaltenteilung, Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Wahlen identifizieren. Die Demokratie braucht das Bekenntnis zu diesen Werten, braucht das Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger,

braucht den Einsatz für die Gesellschaft, nur dann haben wir eine starke, wehrhafte Demokratie. Vielen Bürgern fehlt derzeit das Vertrauen in die Politik: „die bekommen die Probleme nicht in den Griff“, heißt es. Aber fragen wir uns auch, welchen Beitrag wir Bürgerinnen und Bürger denn zu leisten bereit sind!

In den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts hat man sich im Bundestag Sorgen darüber gemacht, dass sich immer weniger Bundesbürger für die Gemeinschaft engagieren und Verantwortung übernehmen, sei es in Vereinen, im Gemeinderat, in Parteien, Gewerkschaften, in den Kirchen. Die Befürchtung wuchs, dass Deutschland ein Land von individuellen Solisten wird ohne Bezug zur Gemeinschaft, ohne wirkliches Interesse an der Entwicklung des Gemeinwesens. Eine Folge dieser Befürchtungen war die Gründung der Enquete Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ im Jahr 1999, die sich unter anderem sehr für eine Stärkung der Stiftungstätigkeit ausgesprochen hat und der wir so manche steuerliche Erleichterung (bis zu 1 Mio Euro sind über 10 Jahre verteilt als Sonderausgaben steuerlich absetzbar, wenn diese Million in den Vermögensstock einer Stiftung investiert wird (gilt nicht für Verbrauchsstiftungen); und auch dass 20% des Gesamtbetrags der Einkünfte als Sonderausgaben absetzbar sind, wenn diese bis zu 20% für gemeinnützige Zwecke einer Stiftung oder eines Vereins eingesetzt werden, verdanken wir den Anregungen der Enquete Kommission). Haben diese Maßnahmen tatsächlich die Bürgerbeteiligung erhöht? Ja, ich denke schon, es sind seit der Jahrtausendwende gut 15.000 Stiftungen neu gegründet worden, in der Zeit sind die 450 Bürgerstiftungen hinzugekommen, die ja eine sehr viel stärker demokratische Entscheidungsstruktur und sehr viel hands on Arbeit aufweisen. Es gab, so meine Beobachtung, in den ersten 10 oder 15 Jahren unseres neuen Jahrtausends sehr viel Lust auf eine aktive Zivilgesellschaft. Aber hält dieser Trend zur starken Zivilgesellschaft an? Sind wir nicht seit Corona wieder sehr viel staatsgläubiger, etatistischer geworden? Gerade jetzt in der Zeit der

großen Krisen: Klima, Migration, Ukraine-Krieg, Energie. Das werde ich in meinem Fazit thematisieren und würde es gern mit Ihnen diskutieren.

Punkt 4 Würzburg

Würzburg muss eine besonders glückliche Stadt sein, denn sie gehört zu den Städten mit der höchsten Stiftungsdichte in Deutschland. Kommen im Durchschnitt in Deutschland auf 100.000 Einwohner 30 gemeinnützige Stiftungen, so sind es in Würzburg 91 Stiftungen, also das Dreifache des Bundesdurchschnitts! Nur in Schweinfurt sind es sogar 94 Stiftungen hochgerechnet auf 100.000 Einwohner. Zu den Gründen für diese hohe Stiftungsdichte würde ich gern etwas von Ihnen hören, ich denke, es hat mit der Tradition Bürgerspital- und Juliusspital-Stiftung zu tun, der alten christlichen Vorstellung: Stifte ich einen Teil meines Besitzes auf Ewigkeit, so zeige ich, dass ich ein guter Mensch bin.

Macht Würzburg genug aus dieser Sonderstellung, mit Schweinfurt zusammen die beiden Stiftungshochburgen der Bundesrepublik zu sein? Gibt es einen Stiftungstolz in dieser Stadt? Überhaupt ein Bewusstsein für das in Würzburg außerordentlich hohe von privater Hand geleistete Engagement für gemeinnützige Tätigkeit, für gelebte Verantwortung? Wenn nicht, oder noch nicht, dann lohnt es sich sehr damit zu beginnen. Würzburg könnte zum Modell werden, zum Modell für eine Stadt, in der viel Wandel aus der Bürgergesellschaft heraus entsteht, in der die Bürger sich zu den Transformationen, den Veränderungen bekennen, die der Klimawandel, die CO2 Belastung und die Migration nach Deutschland mit sich bringen, ja, nicht nur sich zu den Veränderungen bekennen, sondern sie selbst gestalten. Auch dazu am Ende ein Vorschlag von meiner Seite.

Wir halten also fest, es gibt natürliche Bande zwischen den Stiftungen einer Stadt und der Stadt als Ganzes:

Patriotismus

Symbiose im Ziel, das Gemeinwohl zu stärken

Bürgerbeteiligung

die Besonderheit einer hohen Stiftungsdichte in Würzburg

Es gibt aber auch immer wieder Bruchstellen oder zumindest Spannungen. Warum? Dazu drei Beobachtungen:

1. Stiftungen haben in der Regel einen privaten Kern, Städte hingegen sind öffentliche Einrichtungen

Die private Grundstruktur einer Stiftung sorgt dafür, dass eine Stiftung weitgehend unabhängig auftreten und handeln kann. Schon der Gründungsakt ist privater Natur, das Stiftungsvermögen stammt aus privaten Quellen, so war es bei der Bürgerspitalstiftung mit der Gründung durch Johannes und Mergardis von Steren 1316, so war es bei Julius Echter von Mespelbrunn, als er 1579 die Juliusspital-Stiftung etablierte, und ebenso bei der Stiftung zum Heiligen Geist bei uns in Hamburg im 12. Jahrhundert, oder bei den Fuggerschen Stiftungen 1521 in Augsburg, wie bei der ZEIT-Stiftung in Hamburg 1971. Bürgerinnen und Bürger melden sich als Stifterinnen und Stifter aber nicht nur zu Wort, sondern sie melden sich zur Tat: Errichten ein Bürgerspital, eine Fuggerei als erste Sozialsiedlung Europas, eine private Hochschule für Rechtswissenschaft und einiges mehr. Der private Kern einer Stiftung macht sie nicht nur unabhängig, sondern lässt sie auch schnell agieren. Da ist die städtische Verwaltung mitunter im Nachteil.

2. Unabhängigkeit hat schnell einen latent bedrohlichen Charakter

Städte funktionieren politisch nach einem klar hierarchisch geordneten System. Bürgermeister, Stadtrat, Stadtverwaltung, Dezernate. Das große Pfund jedes Stadtrats ist das in Wahlen erworbene Mandat, die Legitimierung durch den Wähler. Die Stiftung hingegen verwaltet sich selbst, hat einen Vorstand und einen selbst zusammengestellten Stiftungsrat oder Kuratorium, muss Rechenschaft ablegen, dass sie tatsächlich gemeinnützig die Satzungsziele verfolgt, ist aber ansonsten frei in den Entscheidungen und viel weniger bürokratisch als städtische Einrichtungen. Stiftungen legitimieren sich durch ihre Projekte, durch ihre Taten, sie gehen nicht nur Defizite an, sondern sie sind durchaus in der Lage, ganze Einrichtungen zu gründen und aufzubauen, Krankenhäuser, Häuser für Arme und Waisen, Seniorenheime, Hochschulen, Ausstellungshäuser, Sportanlagen etc. Da können sie durchaus zum Konkurrenten für den Investor Stadt werden, was bei den Verantwortlichen schon mal als potentielle Bedrohung wahrgenommen (wenngleich nicht ausgesprochen) wird.

Aber: Stiftungen dürfen herausfordern! Stiftungen sollen Mut zu Innovationen aufbringen. Je weiter das mutige Projekt voranschreitet und Rückhalt findet, desto eher wird das Miteinander mit der Stadt, die Kooperation an die Stelle von Konkurrenz treten.

Hierzu ein aktuelles Beispiel aus Hamburg: Dort hat sich die ZEIT-Stiftung mit dem damaligen Präsidenten des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts und einem ehemaligen Staatsrat zusammengetan und den Hamburg Konvent gegründet. Wir stellten im Hamburg Konvent die Entwicklungsperspektiven des Hamburger Hafens den Möglichkeiten gegenüber, die sich aus einer Konzentration der Stadt auf Wissenschaft und Forschung ergeben würden. „In Köpfe statt in Container investieren“ hieß unsere Hauptforderung. Unser Ziel war es, die Zivilgesellschaft für dieses

Thema zu motivieren, indem wir sie gründlich informieren und zu Gesprächen anregen. Leider hat Corona uns 2020 und 2021 kräftig behindert. Unsere Idee eines Konvents mit der Stadtspitze konnten wir aber Ende 2021 dennoch einlösen, als wir zu einer öffentlichen Debattierunde mit dem Ersten Bürgermeister Tschentscher einluden. Für solch eine Unternehmung braucht man natürlich eine gute Medienbegleitung. Alles nur Freunde macht sich eine Stiftung mit einem derart kritischen Format allerdings nicht. Die seit zwei Wochen nun ausufernde Berichterstattung über die Probleme des Hamburger Hafens und die Wahrscheinlichkeit eines teilweise Verkaufs an die msc Reederei bestätigen allerdings, dass wir mit dem Hamburg Konvent drei Jahre voraus waren.

3. Mischformen haben besondere „Knackpunkte“

Stiftungen, die in ihrer Arbeit öffentliche Mittel einsetzen oder mit der Stadt gemeinsame Projekte durchführen, erleben vielfach einen deutlichen „Clash“ der unterschiedlichen Strukturen oder auch Kulturen. Dabei gibt es ja eine übergeordnete Klammer, nämlich die Gemeinnützigkeit, die die Tätigkeit der Stiftung wie die Arbeit der öffentlichen Hand verbindet. Meist geht es bei diesem „Clash“ um ganz Konkretes, nämlich um die finanziellen Mittel für den Tagesbetrieb, nehmen wir als Beispiel ein Kinderheim, eine Einrichtung der Inobhutnahme von Kleinkindern, wo man Mittel braucht für benötigte zusätzliche Stellen bzw. ausreichend besetzte Stellen zur Bewältigung der Aufgaben. Da schmerzt es besonders, wenn städtische Stellen Mittel nur jahresweise oder auf Zweijahresbasis bewilligen können, oder oftmals erst sehr spät den benötigten Zuwendungsbescheid erstellen, so dass das wirtschaftliche Risiko für die Stiftung wächst. Was kann da helfen: Vor allem frühzeitige Kommunikation!

Fazit: Wir brauchen gut funktionierende Städte und eine aktive Bürgergesellschaft:

Dass ich gerade Stiftungen zu den wesentlichen Elementen einer organisierten Bürgergesellschaft oder Zivilgesellschaft halte, brauche ich nach meinen Ausführungen nicht länger zu betonen. Auch Vereine, auch die Kirchen mit Diakonie und Caritas und den vielen sozialen Einrichtungen zähle ich dazu. Ein neues Element ist vor kurzem dazugekommen, und die ZEIT-Stiftung war nicht ganz unschuldig daran. Ich spreche von der Einführung der Bürgerräte.

„Bundestag setzt Bürgerrat „Ernährung im Wandel“ ein“, so hieß es vor kurzem in den Medien.

2020 kam der erste Bürgerrat zusammen. Er hatte sich das Thema: „Deutschlands Rolle in der Welt“ gewählt.

Das Prinzip des Bürgerrats ist, dass in einem Losverfahren eine Gruppe von Bürgern zusammengestellt wird, und diese Gruppe erarbeitet mit Sachverständigen Entscheidungshilfen für die politischen Vertreter, also für die Abgeordneten eines Landtags oder des Bundestags. Herr Schäuble fand das eine gute Idee, viele im Parlament lehnten ein solches Bürgerberatungs-Gremium allerdings ab und sind bis heute skeptisch. Dennoch hat der Bundestag erneut einen Bürgerrat eingesetzt, jetzt zum Thema „Ernährung im Wandel“.

Der Leitgedanke hinter den Bürgerräten ist, das Zusammenspiel zwischen Regierenden und Regierten zu verbessern. Die in einem Losverfahren ausgewählten Bürgerinnen und Bürger können die Teilnahme absagen oder ihr zustimmen. Rund 120, die zugesagt haben, werden an mehreren Wochenenden zu Treffen eingeladen, zu denen Sachverständige hinzukommen. Die Bürgerinnen und Bürger sprechen über ihre Gedanken, Wünsche, Sorgen, Vorschläge zu dem jeweiligen Thema, also hier zum Wandel in der Ernährung und entwickeln mit den Sachverständigen gemeinsam Handlungsempfehlungen. Diese werden in einem Bürgergutachten gebündelt und ans Parlament übergeben. Das Parlament entscheidet

über Annahme, Änderung oder Ablehnung der Handlungsempfehlungen.

Ich halte Bürgerräte für eine sehr spannende Innovation. Sie kommt übrigens aus Irland, wo Bürgerräte über das Thema Abtreibung und über das Thema Homo-Ehe diskutiert haben, ihre Vorschläge dann dem Parlament vorlegten, bevor die entsprechenden Gesetze formuliert und verabschiedet wurden. Es hat sich in Irland gezeigt, dass die Akzeptanz von Entscheidungen in der Bevölkerung merklich gesteigert werden kann, wenn Bürgerräte involviert werden. Vielleicht gelingt das in einem kleinen Land auch besser als in der großen Bundesrepublik.

Ich denke, dass wir auf städtischer Ebene auch Bürgerräte einsetzen können, aber zunächst stärker auf die existierenden Stiftungen zurückgreifen sollten – und das ist mein Appell – um Veränderungen mit der Bevölkerung zu besprechen. Das geht über Bürgerstiftungen bei vielen Themen, aber wenn ich hier in der Juliusspital-Stiftung spreche, so bin ich sicher, dass die Stadt zu folgenden Themen sicher viele Anregungen ihrer Bürger gerade hier und in der Bürgerspital-Stiftung finden würde.

Themen wie:

Die altersgerechte Stadt, Barrierefreiheit, Rollator-gerechte Bürgersteige, Kulturangebote für Betagte, die Situation der Pflegeleistenden, die Notwendigkeit von Kurzzeitpflege-Plätzen, Treffpunkte für den Erfahrungsaustausch mit Jüngeren,

Sicherlich können Sie hier noch viele Punkte anfügen. Und die Stiftungen, die sich mit Bildungsförderung beschäftigen, haben ihre Themen, die sie wie die oben beschriebenen Bürgerräte in die Stadtpolitik einbringen können. Vielleicht geschieht das alles schon in Würzburg, denn Würzburg ist ja die stiftungsdichteste Stadt der Bundesrepublik.

Noch eine zusätzliche Bemerkung: Für die Akzeptanz in der Stadt, bei den Einwohnern wie auf der politischen Ebene, ist es oft von Vorteil, wenn Stiftungen nicht nur einzeln auftreten, sondern sich Stiftungsverbände bilden, die dann eine größere Kraft haben, Interesse zu wecken oder zu bündeln, überhaupt durchzudringen zu den politischen Verantwortungsträgern wie zu den Stadtbewohnern. Deshalb halte ich die Stiftungsinitiative Würzburg für eine sehr vernünftige Idee. Wie sie bisher umgesetzt wird, möchte ich gern von Ihnen lernen.

Warum ist das Zusammenspiel von Stadt und Stiftungen so wichtig?

Unsere Städte stehen vor gewaltigen Aufgaben. Die Klimakrise zwingt uns mehr und mehr zu weitreichenden Veränderungen. Nicht nur Veränderungen technischer Natur, sondern ich meine gerade auch Änderungen im Kopf, Änderungen im Verhalten. Da geht nichts mit der Brechstange, aber wir erreichen viel mit ergebnisoffenen Debatten, mit Vertrauensbildung, mit gegenseitigem Respekt.

Wir können durchaus Verkehr vermeiden, wenn Wohnen und Arbeiten und Freizeitverhalten wieder enger zusammenrücken und damit per Fahrrad erreichbar sind. Wir müssen unsere Innenstädte neu gestalten, wenn immer mehr Läden schließen, wenn frühere Bürogebäude neu als Wohnungen genutzt werden könnten, wenn weniger abgerissen und mehr Gebäude einen CO2 freundlichen Umbau erfahren. Wer erlebt hat, was es für eine Anwohnerstraße in der Stadt bedeutet, wenn der Straßenverkehr gestoppt wird, wenn die parkenden Autos ihre Plätze für Tische, Stühle, Federball und Tischtennisplatten frei machen, der wird erstaunt sein, wie die Lebensqualität steigt.

Da sind also Herausforderungen, die wir in unseren Städten diskutieren und gemeinsam angehen müssen. Anfang des Monats tagte in Meseberg die Bundesregierung. Moritz Schularick, der Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, nannte uns

Bundesbürger „Veränderungsangsthasen“. Wir würden Veränderungen als Bedrohung wahrnehmen, auch weil sie sehr als „von oben verordnet“ erlebt werden. Wir sehen nicht die Chancen, sondern immer nur die Kosten und die Schwierigkeiten. Der Soziologe Steffen Mau sprach vom Zerfall des Fortschrittsoptimismus. Politik müsse den Leuten das Gefühl geben, Teilnehmer eines Prozesses zu sein, statt von oben herab zu bestimmen.

Sie erahnen schon, worauf ich hinaus will. Ich denke, dass Stiftungen, und gerade Stiftungsverbände, Stiftungsnetzwerke eine größere Rolle spielen können, vor allem wenn es um Teilhabe geht. Wenn Stiftungen mit den Bewohnern diskutieren, ihre Sorgen hören, ihre Hoffnungen erfahren, dann ist das keine Partei-Veranstaltung, dann kann offen gesprochen und Verständnis für und Bereitschaft zu Veränderung geweckt werden. Ich glaube, die Zivilgesellschaft nutzt diese Umbruchsituation zu wenig. Uns hängt noch nach, was Covid und der Krieg in der Ukraine uns vermittelt haben: nämlich dass die wichtigen Dinge eben doch „von oben“ verordnet werden. Bei der Pandemie war ein staatliches, „hoheitliches“ Vorgehen kaum zu vermeiden, aber jetzt ist die Situation eine andere, jetzt kann von unten einiges kommen, von gemeinnützigen Trägern, von Stiftungen und Vereinen. Die organisierte Zivilgesellschaft ist gefordert, und die politische Seite ist gut beraten, sich dem zu öffnen, um die großen Transformationen zu einer nachhaltigen, ökologisch-sozialen Marktwirtschaft zu meistern.

Frage ist also, wie kann gerade Würzburg, die Stiftungshauptstadt Deutschlands, ihr großes Potential an Stiftungen nutzen, um in starken Netzwerken und Stiftungsverbänden aufzutreten und darüber den Veränderungsprozess in der Stadt mitzugestalten, sprich die Sorgen der Bewohner der Stadt wahrzunehmen und ihnen zugleich zu vermitteln, dass in diesen Veränderungen auch neue Chancen stecken.

„Suchet der Stadt Bestes“, diesen Satz kennen Sie aus dem Alten Testament, er steht bei Jeremia im 29. Kapitel. „und betet für sie zum Herrn; denn wenn's ihr wohlgeht, so geht's euch auch wohl.“

Beten hilft immer, ist aber allein oft zu wenig. Wir, die politischen Verantwortungsträger, die Wirtschaft, die Zivilgesellschaft müssen uns gemeinsam für unsere Stadt engagieren.